Nachrichten und Tageblatt

für Bad Warmbrunn und das Riesengebirge

Neue Folge der Warmbrunner Nachrichten

Erscheint täglich außer den Tagen nach Sonn- und Festtagen. — Beilagen: Sonntags: eine illustrierte. — Bezugspreis: frei Haus vierteljährlich 3.30 M., monatlich 1.10 M. Bei Abholung von der Geschäftsstelle vierteljährlich 2.50 M., monatlich 0.90 M. Durch die Post vierteljährlich 3.60 Mk., monatlich 1.30 Mk.

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum hier 2 Pfg., auswärts 30 Pfg., Reklamezeile 80 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt. — Bei Ausbruch von Konkursen, bei gerichtlicher Einforderung der Beträge oder bei Nichteinhaltung der Zahlungsfrist erlischt der Rabatt und tritt der Grundzeilenpreis von 30 bezw. 80 Pfg. in Kraft

Verbreitetstes Publikations-Organ für Bad Warmbrunn und Umgegend

Schriftleitung, Druck und Verlag: Paul Fleischer, Warmbrunn, Buchdruckerei, Voigtsdorferstr. — Fernsprecher 115. — Telegramme: Nachrichten. — Postscheckkonto 6748 Breslau.

Nummer 60 | Donnerstag, den 11. März 1920. | 38. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Auf allen wichtigen Auslandsmärkten ist ein Steigen der deutschen Mark zu verzeichnen.

* Wie verlautet, beabsichtigt Erzberger, sich in seiner Heimat wieder als Reichstagskandidat aufstellen zu lassen.

* An der Berliner Börse ereigneten sich geradezu katastrophale Stürze der Industriepapiere.

* Eine Kesselexplosion in einer Fabrik in Benrath bei Düsseldorf tötete und verwundete 50 Arbeiter.

* Auch in Bremen ist es zu einem bedauerlichen Angriff gegen zwei höhere französische Offiziere gekommen.

* Der britische Oberkommissar hat für den Freistaat Danzig die Bildung eines Staatsrates angeordnet.

* Der Oberste Rat hat beschlossen, sämtliche Heere und Flotten auf das kleinste zu verringern.

Hotel-Patriotismus.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Man sitzt, womöglich schon von 5 Uhr nachmittags an, in der Wandelhalle oder im Speisesaal eines großen, vortrefflich geleiteten Hotels mit guten Freunden zusammen, spottet der Kohlennot, an der andere Leute zu leiden haben, bewirtet oder läßt sich bewirten, verplaudert die Zeit, mit der heutzutage ja doch nichts Vernünftiges anzufangen ist, läßt ein Stückchen internationales Leben, wenigstens wie es früher, vor dem Kriege, fast überall in Deutschland verhältnismäßig billig zu haben war, an sich vorüberfluten und durch Wein und Musik die müden Geister immer wieder aufmuntern, bis schließlich die Polizeistunde auch für diese modernen Vergnügungsstätten gekommen ist. Etwas teuer ist ja der Spaß und wer ihn Tag für Tag und Abend für Abend mitmachen will, muß schon über eine gutgefüllte Papiergeldtasche verfügen. Aber daran fehlt es ja heute, Gott sei Dank, nicht so leicht; also braucht man sich um die Aufrechterhaltung dieses weltstädtischen Betriebes einstweilen noch keine Sorgen zu machen.

Nur freilich, auch an diesem äußerlich glänzenden Bilde gibt es Schattenseiten. Wir haben es an dem nächtlichen Vorgang im Berliner Adlonhotel erlebt. Da gibt es Herrschaften, die sich nicht damit begnügen können, ihre eigene Tafel reich geschmückt und wohl bestellt zu sehen. Sie müssen sich auch darum kümmern, was an andern Tischen vorgeht, ob dort Franzosen oder Engländer sitzen und wie sie sich etwa, wenn sie mit deutschen Menschen oder Dinge in Berührung kommen, benehmen würden. Man spielt ein bißchen Vorsehung und läßt die Musikkapelle, gegen gutes Trinkgeld natürlich, nationale Lieder anstimmen. Die Gäste erheben sich von ihren Plätzen, singen mit — und spähen eifrig umher, ob auch alle Anwesenden an dieser sozusagen nationalen Kundgebung teilnehmen. Bleibt ein Fremder sitzen, so ist der Skandal fertig. Man ruft, man schreit, man tobt, man will ihn zwingen, der deutschen Nationalhymne seine Reverenz zu erweisen, und man fällt schließlich, wenn er sich dessen weigert, mit Tätlichkeiten über ihn her — und der internationale Konflikt ist, sobald es sich um einen beamteten Ausländer in bürgerlicher oder militärischer Stellung handelt, fix und fertig. Man wirft noch ein paar von den wenigen unzertrümmert gebliebenen deutschen Fensterscheiben ein, unbekümmert darum, wer die Folgen zu tragen hat und wie sie beschaffen sein mögen. Die Hauptsache ist, daß man sich wieder einmal national gebärdet und den Ausländern gezeigt hat, daß es noch Deutsche gibt in Berlin, echte Deutsche, die die Ehre ihres Landes zu wahren wissen. Bei Gläserklang und Tischmusik.

Diesen Leuten muß mit aller Deutlichkeit gesagt werden, daß sie sich auf dem Holzwege befinden. Wir können ihnen nicht verwehren, ihre nationalen Empfindungen in wohlversorgten Hotelräumen ausströmen zu lassen, aber wenn sie bei solchen Gelegenheiten gesellschaftliche Skandale und internationale Konflikte entfesseln wollen, so sollen sie wissen, daß alle anständig fühlenden und denkenden Deutschen sich mit einem hörbaren Ruck von ihnen entfernen. Uns stehen unsere patriotischen Lieder zu hoch, um sie zur Anzettelung von öffentlichen Radauszenen mißbrauchen zu lassen, wir haben auch gar kein Verständnis dafür, wie ein wahrhaft deutscher Mann darauf Wert legen kann, ob ein Franzose sich beim Abspielen des Deutschlandliedes in einem öffentlichen Lokal erhebt oder nicht. Wenn er höflich ist oder sein will, wird er es tun; wenn er aber merkt, daß eine Art Terror gegen die anwesenden Nichtdeutschen ausgeübt werden soll, wird er es unterlassen, und niemand hat ein Recht, ihn deswegen zu schelten oder gar ein Bombardement mit Gläsern und Flaschen gegen ihn zu eröffnen. Echte nationale Empfindungen haben sich heute in Deutschland anderswo zu betätigen als bei Geigenspiel und Becherklang. Wer Sinn und Zeit und Geld übrig hat für Fünfuhrtees und Weingelage, während das deutsche Volk sich gerade noch mühsam am Rande des Abgrundes aufrecht hält, der mag sich selbst vielleicht sehr wichtig und sehr respektabel vorkommen, er soll sich aber nicht wundern, wenn andere Leute für ihn nichts als Verachtung übrig haben.

Ob ein Hohenzollernprinz oder nur gewöhnliche Sterbliche an den Ausschreitungen im Adlonhotel beteiligt waren, macht in der Sache nicht den mindesten Unterschied. Nur muß man sich natürlich hüten, über diesen oder jenen vorzeitig den Stab zu brechen, ehe der Sachverhalt nach allen Richtungen aufgeklärt und festgestellt ist. Es war nicht der erste Vorfall dieser Art und wird wohl auch nicht der letzte gewesen sein. Je fester aber die Behörden zugreifen, desto eher wird man vielleicht diesen widerwärtigen Hotelpatriotismus in Deutschland ausrotten können.

*

Die Ausschreitungen in Bremen.

Ähnliche bedauerliche Vorfälle wie in dem Berliner Hotel haben sich in Bremen abgespielt. Dort erschien in der Kaserne eine aus zwei Offizieren bestehende französische Kommission, um sich beim Garnisonkommando zu melden. Die Kommission hat die Aufgabe, bestimmte militärische Einrichtungen zu besuchen. Da die Offiziere in Uniform erschienen waren und außerdem sämtliche Orden angelegt hatten, wurde ihnen vom Garnisonkommando empfohlen, zukünftige Besuche und Reisen lieber in Zivil vorzunehmen. Als die Offiziere die Kaserne verließen, wurden sie von einer Menschenmenge stark bedrängt, wobei ein Offizier zu Boden fiel und von der Menge einige Stöße erhielt. Deutsche Offiziere und Sicherheitswehr sorgten für die Herstellung der Ordnung und brachten die Franzosen in ihre Wohnung. — Ein zweiter Skandal spielte sich an anderer Stelle ab. Zwei französische und ein italienischer Offizier stellten einen Mann in Feldgrau zur Rede, den sie für einen Angehörigen der Reichswehr hielten, weil er ihnen nicht die militärische Ehrenbezeugung erwiesen hatte. Das unberechtigte Verlangen wurde zurückgewiesen. Es entspann sich ein lebhafter Wortwechsel, der schließlich, da sich die Umstehenden auch einmischten, in eine für die fremden Offiziere sehr empfindliche Prügelei ausartete. Polizeipatrouillen befreiten die Offiziere und brachten sie nach dem Hotel. Am Abend verließen die fremden Kommissionen wieder Bremen.

Schlußdienst.

Drahtnachrichten vom 10. März.

Ententegericht in Oberschlesien.

Berlin. Die Interalliierte Kommission für Oberschlesien hat an Stelle des Reichsgerichts und des Oberlandesgerichts in Oppeln ein Oberstes Gericht und einen Appellationsgerichtshof eingerichtet, die unter dem Vorsitz von juristisch vorgebildeten Mitgliedern der Ententekommission stehen sollen. Die übrigen Mitglieder der Gerichtshöfe können von der Kommission entweder aus Angehörigen der bestehenden Gerichte in Oberschlesien oder aus Juristen, die in Oberschlesien leben, ernannt werden.

Die Fernsprech-Zwangsanleihe.

Berlin. Zu der geplanten Fernsprech-„Anleihe" wird noch berichtet, daß der Gedanke nicht aus dem Reichspostministerium, sondern aus dem Reichsfinanzministerium stammt. Die Annahme von Kriegsanleihe zur Hinterlegung der verlangten Kaution erscheint nach dem bisherigen Plane ausgeschlossen. Der von der Post verlangte Betrag wird übrigens nicht nur von dem Hauptanschluß und den postalischen Nebenanschlüssen, sondern von allen Nebenanschlüssen, auch den nicht von der Post bezogenen, sondern privat hergestellten, erhoben werden, und zwar von letzteren in Höhe von je 200 Mark.

Haftbefehl gegen den Prinzen Joachim abgelehnt.

Berlin. Das Gericht hat den Erlaß eines Haftbefehls gegen den Prinzen Joachim Albrecht und den Rittmeister v. Platen abgelehnt, da nur Beleidigung und versuchte Nötigung vorliege. Die Beleidigung wird darin erblickt, daß der Prinz die Franzosen mit Blumen beworfen haben soll. Beide bleiben indessen in Schutzhaft.

Frankreichs Absichten auf das Ruhrbecken.

Basel. Nach Meldungen aus Paris wurde in der französischen Kammerkommission für auswärtige Angelegenheiten die Besetzung des Ruhrgebietes verlangt und Marschall Foch zu diesem Zweck nach England entsandt.

15 000 Armenier niedergemetzelt.

Amsterdam. Wie die Blätter aus London melden, erklärte Lloyd George im Unterhause, in Cilicien seien den letzten Nachrichten zufolge 15 000 Armenier niedergemetzelt worden. Die französische Regierung habe dringende Maßnahmen getroffen und General Gourand habe Verstärkungen gesandt, um die Lage für die Franzosen in Cilicien wiederherzustellen und die dortigen Armenier zu schützen. Französische Kriegsschiffe seien bereits nach Merfina gesandt.

Rumänien erhält Bessarabien.

London. Der Oberste Rat in London hat beschlossen, die Vereinigung Bessarabiens mit Rumänien anzuerkennen, sobald die Rumänen sich von ihren augenblicklichen Stellungen östlich der Theiß auf die sogenannte Clemenceau-Linie zurückgezogen haben.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Eine „Central-News"-Meldung, wonach General Ludendorff mit einem zahlreichen Stabe auf finnischem Gebiete angekommen sei, wird amtlich als falsch bezeichnet. Der General ist in Berlin.

Flensburg. Wegen des Flaggenverbots für die zweite Zone haben die deutschen Berater der Internationalen Kommission in Schleswig ihre Ämter niedergelegt.

Düsseldorf. Die Buchdrucker in Düsseldorf sind in den Ausstand getreten, da ihnen die verlangte außertarifliche Lohnerhöhung von 60 Mark wöchentlich nicht zugestanden worden ist. Die bürgerliche Presse erscheint nicht.

Wien. Den Blättern zufolge wurde Bela Kohn vom Stockerauer Krankenhaus nach der Landesheilanstalt am Steinhof überführt.

Deutsche Nationalversammlung.

(152. Sitzung.) CB. **Berlin**, 9. März.

Der Verlauf der heutigen Sitzung war erheblich bewegter und fesselnder als der Verlauf der letzten, ihr vorangegangenen Sitzungen. Bevor man zu dem Hauptpunkt der heutigen Tagesordnung, dem deutschnationalen Wahlantrag, gelangte, mußten, dem Herkommen entsprechend, wieder eine beträchtliche Anzahl

kleiner Anfragen

erledigt werden. Ihren Beginn machten drei Anfragen des Abg. Kunert (U. Soz.), die sich auf den Kessel- und Marlow-Prozeß bezogen, und die schweren Angriffe gegen die Regierung und besonders gegen den Reichswehrminister enthielten. Zur Beantwortung der ersten Anfrage nahm ein Regierungsvertreter nicht das Wort, und somit war diese Anfrage erledigt. Darüber gerieten die unabhängigen Sozialdemokraten in große Erregung. Auf die beiden andern Kunertschen Anfragen wurde erwidert, daß die behaupteten Tatsachen unbegründet seien, namentlich wurde betont, daß der Reichswehrminister niemals geäußert habe, sich über die Unverletzlichkeit der Abgeordneten hinwegsetzen zu wollen.

Aus der Zahl der weiteren Anfragen sei die des Abg. **Deglerk** (Deutschnat. Vp.) hervorgehoben, auf die geantwortet wurde, daß die Verteilung der beiden Schriften „Was ist in Deutschland geschehen" und „Unseren heimkehrenden Brüdern" in den Durchgangslagern mit großer Mehrheit gewünscht worden sei. Die Schriften seien nicht parteipolitischer Art und berechtigte Empfindungen würden dadurch nicht verletzt. Ferner wurde auf eine entsprechende Anfrage des Abg. **Becker-Hessen** (Dtsch. Vp.) erwidert, der Übergang von Grundbesitz in die Hand solcher Personen, die sich die gegenwärtige Geldentwertung zu Nutzen machten, dauert weiter an. Eine einigermaßen zuverlässige Übersicht über den Umfang dieses Überganges hat sich nicht feststellen lassen. Um aber dem Übelstande entgegenzuwirken, wird eine Verordnung vorbereitet, die ein Vorkaufsrecht für solche Grundstücke festsetzt, um sie der deutschen Volkswirtschaft zu erhalten. Ferner wurde auf eine Anfrage des Abg. Dr. **Herrmann**-Posen (Dem.) geantwortet,

die Lage des deutschen Zeitungsgewerbes

ist Gegenstand eingehender Beratungen des Reichskabinetts gewesen. Es ist beschlossen worden, zur Aufrechterhaltung der Presse zunächst für drei Monate, monatlich 10 Millionen zur Verfügung zu stellen, unter der Voraussetzung, daß sich die Einzelstaaten bereit finden, sich an Maßnahmen zur Lieferung billigen Holzes usw. zu beteiligen. Verhandlungen darüber mit den einzelnen Ländern schweben seit Ende vorigen Jahres. Bisher hat die überwiegende Mehrzahl der Einzelstaaten die Vorschläge der Reichsregierung abgelehnt. Die Reichsregierung ist bereit, auf die den Ländern zufallenden Maßnahmen Vorschüsse zu zahlen. Eine Aufhebung oder Ermäßigung der Anzeigensteuer kann nach den Mitteilungen des Reichsfinanzministers nicht in Frage kommen. Die geplanten Erhöhungen der Postgebühren für Zeitungsbeförderung wird nur einen kleinen Teil der entstandenen Mehrkosten ausmachen und gerade hinreichen, um Mehrausgaben der Postverwaltung zu decken. Wegen der Telegraphen- und Fernsprechgebühren der Zeitungen schweben noch Verhandlungen.

Der Zeitpunkt der Reichstagsneuwahlen.

Der vorliegende Antrag der Deutschnationalen und der deutschen Volkspartei geht dahin, die Regierung um Mitteilung zu ersuchen, welche Gesetzentwürfe sie der Nationalversammlung noch vor der Auflösung vorzulegen gedenke. Ferner fordert der Antrag, die Entwürfe zum Reichstagswahlgesetz, zum Wahlgesetz für den Reichspräsidenten und das Gesetz über Volksentscheidungen und Volksbegehren mit größter Beschleunigung vorzunehmen. Außerdem fordert der Antrag von der Nationalversammlung, sich vom 1. Mai dieses Jahres ab für aufgelöst zu erklären. Zu dem Antrage liegt ein Antrag auf namentliche Abstimmung vor.

Abg. Graf **Posadowsky** (Deutschnat. Vp.) begründete den Antrag. Die Nationalversammlung war bestimmt, so führte er aus, die Verfassung zu schaffen, ferner die dringendsten Übergangsverordnungen, das Wahlgesetz für den Reichstag und das Wahlgesetz für das Reichsoberhaupt. Das würde genügt haben, um das neue Staatswesen in Gang zu bringen. Statt dessen tagen wir seit fünfviertel Jahren und wissen nicht, wie lange die Versammlung noch zusammenbleiben soll und welche Vorlagen noch gemacht werden. Dieser Zustand ist unmöglich. Das Volk will ihn nicht länger dulden. (Zurufe und Unruhe links.) Unser Antrag ist nicht parteipolitisch, (Zurufe links: Na, na!) sondern staats- und verfassungsrechtlich. (Sehr wahr! rechts.) Wir sind nicht gewillt, uns in das Krankenbett der jetzigen Regierung zu legen. Eine Regierung zu bilden, sind wir noch zu schwach, aber in den weitesten Kreisen unseres Volkes, auch unter den Mehrheitsparteien, besteht eine Schiebung nach rechts. (Große Heiterkeit und Zurufe: Schiebung!) Unser Ziel geht dahin, auf gesetzlichem Wege eine Regierung zu bilden, in der die bürgerlichen Parteien maßgebenden Einfluß gewinnen. Im Volke besteht das Mißtrauen, daß die Absicht der Regierung dahin geht, die Nationalversammlung an die Stelle des ersten Reichstages treten zu lassen. Ohne dringende politische und sachliche Notwendigkeit sind uns Gesetze vorgelegt worden, die nach meiner Ansicht die irregeleiteten Massen beruhigen sollten. Hierzu rechne ich das Sozialisierungsgesetz.

Der Redner begründet den Antrag, die Auflösung der Nationalversammlung am 1. Mai und die Neuwahlen am 1. Juni stattfinden zu lassen.

Ich rechne ferner dazu die [illegible] Einführung des Achtstundentages, bei der zwischen Arbeitsleistung und Arbeitsbereitschaft kein Unterschied gemacht worden ist. Man will eben von den „revolutionären Errungenschaften" noch soviel

wie möglich in die Länder bringen. Notwendige dringende Gesetze sind dagegen hintenan gestellt worden, so das Reichswahlgesetz und das Wahlgesetz für den Reichspräsidenten. Sollte es nicht gerade die notwendigste Aufgabe sein, dem neuen Staat ein legitimes Oberhaupt zu geben? (Unruhe links.) Besteht die Absicht, aus parteipolitischen Gründen die Verfassung zu ändern und den Präsidenten nicht durch das deutsche Volk, sondern durch die Nationalversammlung wählen zu lassen? (Rufe: Jawohl!) Ist das Ihre Verfassungstreue? rief der Redner der Linken zu. Die jetzige Gesetzmacherei nannte der Redner einen

Regierungsabsolutismus,

eingekleidet in parlamentarische Form. Was die Wahl in den besetzten Gebieten angehe, meinte der Redner, falls die Entente es in diesen Gebieten nicht zulassen sollte, so würde dadurch das nationale Bewußtsein der dortigen Bevölkerung erheblich gestärkt werden. Ferner tadelte der Redner bei der übereilten Gesetzgebung, die jetzt herrscht, besonders die Verreichlichung der Eisenbahn, die vielleicht über die finanzielle Existenzfähigkeit des Reiches entscheiden werde. Der Redner schloß mit der Ankündigung, daß von seinen Parteifreunden alle parlamentarischen Mittel aufgeboten werden würden, um eine baldige Auflösung der Nationalversammlung herbeizuführen. Auf diese, mit lebhaftem Beifall bei der Rechten aufgenommenen Ausführungen erwiderte der

Reichsminister Koch

in längerer Rede. Wenn der Vorredner sagt, erklärte er unter anderm, daß die Nationalversammlung in der heutigen Zusammensetzung nicht mehr die Stimme des Volkes darstellt, so ist das ein unverwüstliches Rüstzeug jeder Opposition. Dem neuen Reichstage wird sicherlich schon nach vier Wochen die Minderheit erklären, daß sie allein berufen wäre, den Willen des Volkes zum Ausdruck zu bringen. (Rufe rechts: „Da sind wir die Mehrheit!" Heiterkeit links.) Weiter führte der Minister aus: Wenn die Regierung sich über einen bestimmten Wahltermin bisher nicht äußern konnte, so lag das daran, daß die Arbeiten der Nationalversammlung noch nicht abgeschlossen waren. Wir können einen festen Termin für die Reichstagswahlen in Aussicht nehmen unter dem selbstverständlichen Vorbehalt, daß dieser Termin dann nicht innegehalten werden kann, wenn plötzlich neue und unvorhergesehene innerpolitische oder außenpolitische Schwierigkeiten eintreten. Während der Erntezeit sind Reichstagswahlen unmöglich, vor der Ernte sind sie aber unmöglich aus nationalen Gesichtspunkten.

Es ist daher in Aussicht genommen, die Wahlen zum Reichstag unmittelbar nach der Ernte im Herbst erfolgen zu lassen.

Danach spricht für die Sozialdemokraten der Abg. Hoch, noch einmal kurz Minister Koch und dann für das Zentrum der Abg. Trimborn.

Nach weiteren Äußerungen der Abgg. Bordauf (Dem.), Henke (U. Soz.) hatte Heinze (Deutsche Vp.) das Schlußwort. Die Mehrheit war gegen den deutschnationalen Antrag.

Fallende Papiere — steigende Mark.

Einbußen bis zu 80 %.

Geradezu katastrophal gestaltete sich das Ergebnis der Berliner Börse am Montag. Man erlebte nie dagewesene Kursstürze selbst der besten Industriepapiere. Diese fielen stellenweise bis zu 80 %, so die Deutschen Erdöl- und die Wandererfahrradwerke. Die Höchster Farbwerke fielen um 70 %. An den Kursstürzen zwischen 25 und 40 % ist fast die ganze deutsche Industrie beteiligt. Etwas gestiegen ist nur die Kriegsanleihe und zwar auf 79. Auch die Mark hat sich in der Schweiz und Holland langsam erholt und eine weitere kleine Aufbesserung zu verzeichnen. Hundert Schweizerfranken kosten jetzt 1528 Mark, wogegen man noch am 28. Februar 1610 Mark, also 82 Mark mehr, dafür zahlen mußte. Hundert holländische Gulden sind um 389 Mark billiger geworden und auf 3336 Mark gesunken.

Worauf der Riesensturz der Industriepapiere zurückzuführen ist, läßt sich unschwer erkennen. Durch unsere verhängnisvolle Papiergeldwirtschaft drängte alles flüssige Kapital, das in großen Mengen vorhanden war, zur Anlage von Industriepapieren. Die Nachfrage überstieg das Angebot bedeutend und die Kurse gingen in den letzten Wochen sprunghaft in die Höhe. Die Papiere wurden weit über Wert bezahlt und die Reaktion war vorauszusehen. Sie mußte eintreten in dem Augenblick, wo unsere Valuta anfing, sich im Auslande stetig zu bessern. Das trat ein, als das große Kreditangebot der Entente an Deutschland bekannt wurde. Die gestürzten Industriepapiere sind natürlich vor wie nach gut, sie waren nur überbezahlt.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

✚ **Verhängnisvoller Fehler des Friedensvertrages.** „Daily News" schreiben: Der Viererrat hat seinen verhängnisvollsten Fehler nicht damals begangen, als er erklärte: Deutschland müsse die Länder, die es in den Krieg gestürzt habe, bis zum letzten Pfennig entschädigen, sondern als er den Versuch machte, von Deutschland Zahlungen zu fordern, die niemals erzwungen werden konnten, und deren Androhung allein genügte, um nicht nur Deutschland allein, sondern halb Europa in ein wirtschaftliches Elend zu stürzen. Nunmehr hat der Oberste Rat erkannt, daß die Genesung der Welt von der Gesundung Deutschlands und Rußlands abhängig ist. Deutschland muß die Bedingungen erfüllen, zu deren Durchführung es nach Ansicht der Wiedergutmachungskommission fähig ist. Aber diese Bedingungen sind entweder schon erfüllt oder Deutschland hat bereits die Sicherstellung ihrer Erfüllung gewährleistet.

✚ **Polens finanzielle Ansprüche an Deutschland.** Das polnische Finanzministerium entsandte nach Berlin eine finanzielle Abordnung, welche mit der deutschen Regierung Verhandlungen betreffend Deckung der während der deutschen Okkupation in Polen ausgegebenen Banknoten der polnischen Landes-Darlehnskasse aufnehmen soll. Die Ansprüche der polnischen Regierung betragen 600 Millionen Reichsmark.

✚ **Das Urteil im Röchling-Prozeß aufgehoben.** Über Saarbrücken wird gemeldet, daß der Kassationshof in Paris das Urteil gegen die Mitglieder der Familie Röchling, das vor dem Kriegsgericht in Amiens gefällt wurde, aufhob und das Verfahren an das Kriegsgericht zurückverwies.

✚ **Auf dem zweiten deutschen Sozialistentag** in Berlin schilderte Ströbel die gegenwärtigen Verhältnisse, die eine Einigung der sozialistischen Parteien zur unbedingten Notwendigkeit machten, wenn nicht der deutsche Sozialismus auf ein halbes Jahrhundert vernichtet werden soll. Er machte dann interessante Mitteilungen über seine Bemühungen, die Vorstände der beiden sozialistischen Parteien für die Einigung zu gewinnen. Scheidemann erklärte, daß die Einigung weder an seiner Person, noch an der Noskes, noch an Personenfragen überhaupt scheitern solle, und er erklärte sich mit der Bildung einer rein sozialistischen Regierung und einer fünfgliedrigen Kommission jeder der beiden sozialistischen Parteien zur weiteren Erörterung der Einigungsfrage bereit. Ströbel setzte sich dann mit Führern der Unabhängigen in Verbindung. Ein Führer lehnte ab, indem er darauf hinwies, daß eine rein sozialistische Regierung nur etwa 30 % der Bevölkerung hinter sich habe, sich also nicht würde halten können.

✚ **Straßendemonstrationen in München.** In München fanden auf dem Lenbachplatz und vor der Feldherrnhalle Kundgebungen statt, die sich hauptsächlich gegen die Ausbeutung der Bevölkerung durch Schieber, Wucherer und ausländische Juden richteten. Die demonstrierende Menge wurde vor dem Ministerium des Innern von Abteilungen der Polizeiwache und der Reichswehr aufgehalten und räumte den Platz, nachdem Vorstandsmitglieder vom Deutsch-Völkischen Schutz- und Trutzbund, die inzwischen bei Minister Endres vorstellig geworden waren, beruhigende Erklärungen abgegeben hatten.

✚ **Maßregelung eines Berliner Universitätsprofessors.** Der Senat der Berliner Universität hat den Professor der Medizin, Nicolai, für unwürdig erklärt, fernerhin seine Lehrtätigkeit auszuüben. Maßgebend für diesen Beschluß war einmal der Umstand, daß Nicolai im Jahre 1918 mit drei anderen Soldaten zusammen nach Dänemark desertiert ist und sich dem Dienst mit der Waffe entzogen hat, und dann, daß Nicolai in einem Buche „Die Biologie des Krieges" offen aufgefordert hat, „Kriegsdienst und Eid offen zu verweigern".

Italien.

✖ **Der drohende Umsturz.** Die innere Lage Italiens ist als sehr gespannt zu bezeichnen. Die Regierung trifft energische Maßnahmen gegen eine zu erwartende Revolution. Süditalienische Truppen wurden als besondere Regierungsgarde gebildet und über das ganze Land verteilt. Man hofft, mit ihrer Hilfe und zusammen mit den Karabinieri noch einmal eines kommunistischen Putsches oder Generalstreiks Herr zu werden. Angehörige der Ententestaaten, die sich in Italien aufhalten, sind verständigt worden, daß es für sie ratsam sei, abzureisen, da die Regierung keinerlei Haftung für ihr Leben und ihre Sicherheit übernehmen könne. Der Haß gegen Frankreich ist allgemein. Man spricht offen von einem Kriege gegen Frankreich bei günstiger Gelegenheit.

Rußland.

✖ **Gorki über die russische Revolution.** Maxim Gorki veröffentlicht einen Artikel, in dem er u. a. ausführt: Die Revolution brachte uns keine Wiedergeburt. Sie machte die Menschen auch nicht ehrlicher. Sie hat die Achtung vor der Persönlichkeit und dem ethischen Wert der Arbeit nicht vergrößert und das soziale Gewissen der Massen nicht erweckt. Ein Menschenleben gilt jetzt in Rußland ebensowenig wie früher und die neuen brutalen Machthaber schicken ihre Mitmenschen zu Tausenden in die Gefängnisse, genau so, wie es früher die Polizei des Zaren machte.

Amerika.

✖ **Das See-Wettrüsten.** Der amerikanische Marineminister befürwortete dringend die Annahme des Flottenbauprogramms des Marineausschusses, das den Bau von 30 Kriegsschiffen vorsieht. Er begründete seine Forderung mit den Worten: „Wir müssen entweder den Völkerbund haben, der den Frieden der Welt ohne ein Wettrüsten zur See gewährleistet, oder wir müssen die unvergleichbar größte Flotte der Welt besitzen." Daniels fuhr dann fort: „Wenn der Völkerbund nicht bald in die Erscheinung tritt, oder wenn die Vereinigten Staaten beschließen, dem Völkerbund nicht beizutreten, würde ich mich veranlaßt sehen, den Bau von 69 Schiffen zu befürworten."

Lokales und Provinzielles.

Merkblatt für den 11. März.

Sonnenaufgang	6^{27}	Mondaufgang	12^{34}
Sonnenuntergang	5^{55}	Monduntergang	9^{06}

1917 Ausbruch der russischen Revolution; Einsetzung eines Vollziehungsausschusses.

□ **Neue postalische Bestimmungen.** Gewöhnliche Briefe nach Finnland können außer über Schweden auch mit den jeden Sonnabend von Lübeck nach Abo und Helsingfors abgehenden Schiffen versandt werden. In diesem Falle müssen die Briefe den in die Augen fallenden Vermerk „Schiffsbrief über Lübeck" tragen. Beförderungsdauer Lübeck—Abo zurzeit 4 bis 5 Tage, Lübeck—Helsingfors zurzeit 3 bis 4 Tage. — Briefpostsendungen jeder Art nach Ostsibirien, auch solche an die noch dort befindlichen Gefangenen, werden von den Postanstalten zur Beförderung auf dem Wege London—Nordamerika—Wladiwostok angenommen. An Kriegsgefangene sind nur gewöhnliche Briefpostgegenstände zulässig.

□ **Eine wichtige Statistik.** Das Preußische Statistische Landesamt hat an eine Reihe von kaufmännischen und gewerblichen Betrieben Fragebogen versandt, die eine Erhebung über die Gehälter und Löhne von Angestellten und Arbeitern betreffen und bis zu dem darin angegebenen Termin ausgefüllt an das Landesamt zurückgegeben werden sollen. Die unter Beteiligung der Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowie bedeutender Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände beschlossenen Erhebungen sind insofern von weitreichender wirtschaftlicher Bedeutung, als sie einen Vergleich mit dem Ergebnis der gleichzeitig angeordneten Erhebungen über die Teuerungsverhältnisse ermöglichen sollen. Dieser Zweck wird aber nur dann erreicht werden können, wenn die Ausfüllung der Fragebogen mit der größten Sorgfalt bewirkt wird und die Rückgabe pünktlich erfolgt.

Warmbrunn.

* **Der Verein der Handwerksmeister** zu Warmbrunn und Umgegend hielt am Dienstag abend im Saale des „Schwarzen Roß" — der nebenbei bemerkt trotz der Kälte angenehm geheizt war — eine öffentliche Versammlung ab. Herr Tapeziermeister Geppert begrüßte in seiner Eigenschaft als Vorsitzender die Erschienenen, darunter besonders Herrn Gemeindevorsteher Neugebauer und ergriff dann das Wort zu einem Vortrage über: „Wirtschaftliche und kommunale Interessen vor und nach der Revolution". Redner ging aus von der Tatsache, daß sich schon vor dem Kriege die Handwerksmeister zur Wahrung gemeinsamer Interessen zusammengeschlossen hatten (1912). Als dann der Krieg ausbrach, warf er naturgemäß alles mühsam Erworbene und Errungene über den Haufen. Die meisten der selbständigen Handwerker mußten ins Feld, die Geschäfte blieben stehen wie sie standen und die zurückbleibende Familie mußte zusehen wie sie sich durchschlug. So kam es, das nicht nur Stillstand eintrat, denn die Handwerkskammern versagten vollständig. So mußte das, was an kleinen Ersparnissen vorhanden war, langsam draufgehen. Als dann der Krieg sein unheilvolles Ende fand und die Handwerker nach und nach wieder heimkehrten, mußten sie wieder von vorn anfangen. Wieder versagten die Handwerkskammern völlig, und die Folge davon war, daß so mancher ehemals selbständige Handwerker nicht wieder in die Höhe kommen konnte, sondern einen anderen Beruf ergreifen oder wenigstens auf die Selbständigkeit verzichten mußte. Denn wer konnte noch von den Unterstützungen, die zur Verfügung standen, profitieren? Die weit aus meisten nicht, denn es war ihnen nicht möglich, die dafür nötigen Sicherheiten aufzubringen. Dann kam Redner auf die jetzigen Verhältnisse zu sprechen. Eine große Gefahr bilde zunächst die beabsichtigte Zentralisierung des Handwerks und der Lebensmittel-Branche, deren tatsächliche Durchführung geradezu verhängnisvoll werden könne. Es sei das Gebot der Stunde für alle Handwerker, sich zusammenzuschließen im eigensten Interesse. Erfreulicherweise sei ein „Reichs-Verband" bereits entstanden, der in Hannover seine erste Sitzung bereits abgehalten hat. Ein erfreuliches Zeichen der wachsenden Erkenntnis, daß ein Zusammenschluß unbedingt erforderlich sei, sei die Tatsache, daß der hiesige Verein, der bis 1919 seine Tätigkeit eingestellt hatte, heute um die Hälfte mehr Mitglieder habe als 1914. Nur durch engen Zusammenschluß, könne der Handwerker sein Ziel erreichen und damit mitarbeiten an dem Wiederaufbau eines mächtigen, geachteten Vaterlandes. In der darauffolgenden Debatte schloß sich Herr Buchdruckereibesitzer Sonnenburg den Ausführungen des Herrn Geppert in längerer Rede an. Herr Gemeindevorsteher Neugebauer trat dann dafür ein, daß vor allen Dingen auch die heranwachsende Jugend im Handwerk zu tüchtigen Stützen desselben erzogen werden solle. Da solle man an den alten Prinzipien festhalten, die ihre Brauchbarkeit in der Geschichte bewiesen haben, denn noch wisse man nicht, ob die „neue Richtung" etwas besseres bringen werde. So solle jeder heranzubildende Lehrling zu einem tüchtigen Menschen und Fachmann herangezogen werden. Dann wirke jeder einzelne in der Gesamtheit als Stütze des Vaterlandes. Herr Geppert ging sodann auf die Ausführungen des Herrn Neugebauer ein und betonte, daß es unter der neuen Gesetzgebung in absehbarer Zeit dahin kommen werde, daß jeder kleine Meister keine Lehrlinge wieder halten könne. Z. B. sei es in kleineren Gemeinden unmöglich, mit einem Lehrling bei 8stündiger Arbeitszeit über Land zu arbeiten, wie das fast täglich vorkomme, da der Weg in die Arbeitszeit eingerechnet werde. Die Fortbildungsschule beanspruche mindestens einen vollen Tag wöchentlich, da die Unterrichtsstunden in die Arbeitszeit fallen sollen. Obendrein sollen die Meister, wenn der Lehrling nach abgelaufener Lehrzeit seine Prüfung nicht besteht, dafür verantwortlich gemacht werden, indem sie den betreffenden Lehrling in einem anderen Betriebe auf ihre Kosten nachlernen lassen müssen. Dem allen könne eben nur durch Zusammenschluß der Handwerker begegnet werden. Herr Buchdruckereibesitzer Sonnenburg ergreift dann nochmals das Wort und fügt den Ausführungen des Herrn Geppert Ergänzendes und Beistimmendes zu. Sodann begann der 2. Teil des Abends, der nur Vereinsangelegenheiten betraf. Herr Kassierer, Kürschnermeister Pätzold, berichtete über das finanzielle Ergebnis des kürzlich abgehaltenen Stiftungsfestes, dessen Defizit von einigen 20 Mark durch Tellersammlung reichlich gedeckt wurde. Der Schriftführer, Herr Hackenberger, berichtete über das vorzüglich verlaufene Fest selbst. Unter „Verschiedenes" wurden dann noch wichtige Vereins- und Tagesfragen lebhaft diskutiert. Schluß der Versammlung gegen 11 Uhr.

* **Bürgerverein Bad Warmbrunn.** Für die Schrebergärten der Schulkinder auf Kolonie 4 (Schlachthofwiese an der Gotschdorferstraße) wird am heutigen Donnerstag, nachmittag 3 Uhr Dünger, den die Teplersche Haushaltungsschule anfahren läßt, kostenfrei abgegeben. Die Kinder werden ersucht, sich mit geeignetem Gerät pünktlich an Ort und Stelle einzufinden.

Herischdorf.

In den nächsten Tagen wird in den Verkaufsstellen Konsum, Frl. Schulze, Rudolph und Seidel

serbisches Pflaumenmus,

pro Person 1/4 Pfund verkauft und zwar auf Abschnitt 9 der roten Lebensmittelkarte der Gemeinde.

Da dieses Pflaumenmus feste Schnittware ist, empfiehlt es sich, dasselbe zu verdünnen und zu strecken. Süßstoff zur Verzüßung wird gleichfalls in den Verkaufsstellen ausgegeben werden.

Herischdorf, den 9. März 1920.

Der Gemeindevorstand: Feeser.

Große Explosion in Benrath.

50 Tote und Verwundete.

Benrath, 9. März.

Heute morgen gegen acht Uhr flog im Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk ein großer Heizkessel von etwa 1000 Quadratmeter Heizfläche in die Luft und begrub unter seinen Trümmern annähernd 90 Arbeiter. **Die Zahl der Toten und Verwundeten wird auf mindestens 50 geschätzt.** Die Verwundeten wurden in die hiesigen Krankenhäuser gebracht. Da weitere Explosionen befürchtet wurden, mußten alle anwesenden Personen die Unglücksstätte verlassen. Über die Entstehung der Explosion läßt sich zurzeit noch nichts bestimmtes mitteilen.

Welt- und Volkswirtschaft.

Berliner Produktenverkehr. Amtlich notierte Preise der Berliner Produktenbörse am 9. März: Hafer für 1000 Kilogramm loko 4680 Mark ab Bahn, auf Abladung 4700—4760 Mark ab Station. Tendenz: matter.

Nichtamtlich sind folgende Preise ermittelt, alles für 50 Kilogramm ab Station: Erbsen, Viktoriaerbsen 440—560 Mark, gelbe und grüne Erbsen 380—510 Mark, Bohnen, weiße inländische 400—500 Mark, Peluschken 240—250 Mark, Pferdebohnen 230—250 Mark, Wicken 180—210 Mark, Lupinen 90—122 Mark, Seradelle 114—117 Mark, Wiesenheu, lose, 53—59 Mark, Stroh, drahtgepreßt 85—88 Mark, gebündelt 82—84 Mark, Trockenschnitzel 102—104 Mark, Patent Steffen 118—121 Mark, Rotklee, inländischer, seidefrei 1400—1700 Mark, Buchweizen 310—330 Mark.

✱ **Belgischer Sanierungsplan zur Valutanot.** Der belgische Premierminister Delacroix hat einen Plan zur Gründung eines internationalen Kreditinstituts entworfen.

Dieses Institut soll internationales Papiergeld ausgeben, das das Geld ersetzen müßte, und zur Regelung der internationalen Wechselkurse zu dienen hätte. Delacroix schlägt die Einrichtung eines Umtausch- und Verrechnungsbureaus vor, an dem sich verschiedene Länder beteiligen könnten und zwar durch Einbringung irgend eines nationalen Besitztums, Sicherheiten von wichtigen Banken, Einbringung der Eisenbahnen usw. Für diese eingebrachten Werte würden dann sogenannte Verrechnungsscheine ausgegeben werden, auf denen der Goldwert angerechnet wird. Jedes beigetretene Land würde einen dieser internationalen Scheine bekommen, und damit könnten Bezahlungen im Ausland erfolgen, ohne daß eine Goldverschickung notwendig würde oder die Wechselkurse darunter zu leiden brauchten.

✱ **Holländische Ausfuhrsorgen.** Schon verschiedentlich wurde in der holländischen Presse darüber geklagt, daß der schlechte Stand besonders der deutschen Valuta die Ausfuhr stark einschränke bzw. völlig verhindere. Tatsächlich ist bereits ein Sinken der Lebensmittelpreise in Holland zu konstatieren. Der „Nieuwe Courant" bringt eine lebhafte Klage über die großen Schwierigkeiten der holländischen Landwirtschaft, die infolge des Stilliegens der Ausfuhr entstanden sind. Es handelt sich hauptsächlich um große Mengen Käse, der besonders in Friesland produziert wird. Der Überschuß an Käse, der zurzeit in Holland vorhanden ist, beträgt etwa 27 Millionen Kilo im Werte von 45 Millionen Gulden. Man habe anscheinend die Absicht, für den Fall des Zustandekommens des holländisch-deutschen Kreditabkommens 25 Millionen Gulden für die Ausfuhr von Milchprodukten zu verwerten, u. a. 15 Millionen für Käse, wodurch jedoch erst ein Drittel des vorhandenen Überschusses untergebracht wäre. Der Artikel schließt mit dem energischen Hinweis darauf, daß nur eine Kreditverleihung größeren Stils die Lage bessern könne.

Die neuen Gehaltsverhältnisse der Berufe.

Eine österreichische Statistik.

Wiener Blätter veröffentlichen eine interessante Übersicht über die Verschiebung in den verschiedensten Berufsarten, welche die Kriegsjahre und die darauf folgenden Zustände mit sich gebracht haben. Die Liste stellt sich wie folgt dar:

Jahresbezüge in Kronen:	Bezeichnung des Berufes:
100 000 und mehr	Operettenstar, Bankdirektor, Portier eines großen Hotels.
90 000—100 000	Zahlkellner im Nachtlokal.
65 000— 70 000	Chauffeur, Kohlenträger, Tischlergehilfe in Möbeltischlerei, Staatskanzler, Staatssekretär, Monteur 22 Kronen die Stunde, Stückmeister der Bekleidungsbranche.
40 000— 45 000	Möbelpacker, Sektionschef (3. Rangklasse der Staatsbeamten), Schneidergehilfe, Schuhmachergehilfe (neuerlich eine 100- bis 150-%ige Erhöhung verlangt), Modelltischler in einer Motorenfabrik.
35 000— 40 000	Ingenieur in einer Motorenfabrik, Kesselschmied oder besserer Schlosser in Fabrik, Präsident des Landgerichts (4. Rangklasse der Staatsbeamten).
30 000— 35 000	Goldarbeiter, Hofrat im Ministerium (5. Rangklasse der Staatsbeamten), Beamter einer Großbank.
25 000— 30 000	Kanalräumergehilfe (inzwischen ist eine 50%ige Erhöhung verlangt), Magistratsdirektor, Straßenbahnschaffner, Stenotypisten, Maschinenschreiberin im Frieden 60 bis 100 Kr. in einer Großbank, Zeitungssetzer (Nachtarbeit), Theatermusiker (mit Nebeneinkommen).
20 000— 25 000	Ungelernte Hilfsarbeiter in einer Fabrik, Oberlandesgerichtsrat, Sektionsrat (6. Rangklasse der Staatsbeamten), Choristin, Chorsänger, technischer Bühnenarbeiter.
15 000— 20 000	Probiermamsell in einem Modesalon, Landesgerichtsrat, Finanzrat (7. Rangklasse der Staatsbeamten).
10 000— 15 000	Richter, Polizeikommissär (9. Rangklasse der Staatsbeamten), Telephonistin, Assistenzarzt, Toilettefrau in einem größeren Etablissement.
5 000— 10 000	Sekundärarzt, Hausgehilfin, Advokaturbeamtin, Rechtspraktikant.

Die bei einer Abschätzung gegenüber den Friedensverhältnissen gewaltigen Erhöhungen namentlich für viele handarbeitenden Schichten kommen freilich meistenteils immer noch nicht mit bei dem Vergleich zwischen den Preisen für die Lebensbedürfnisse vor Kriegsanfang 1914 und jetzt. Für Deutschland dürften auf beiden Gebieten ähnliche Ergebnisse herauskommen, wenn auch die Zahlen nicht ganz die phantastisch anmutenden Höhen wie hier noch weit unter dem deutschen Markstand rangierenden österreichischen Krone erklettern würden.

Nah und Fern.

o **Schwindel mit Nähgarn.** Seit einiger Zeit wird vom Auslande her in größtem Umfange Nähgarnschwindel in Deutschland betrieben. Es handelt sich vor allem um ein 1000 Yards-Glanzgarn, schwarz und weiß, Nr. 40—60, auf Holzrollen, dessen oben sichtbare Lagen aus gutem Nähgarn bestehen, während die unteren Lagen Papier sind. Das Etikett zeigt auf schwarzem Grund in weißem Linienkranz einen weißen Seehund mit der Aufschrift „Best Sewing thread, ca. 1000 Yds." Vor An- und Verkauf solcher Garne wird dringend gewarnt.

o **Schloßeinbruch.** Ein Einbrecher suchte das Fasanerieschlößchen in Moritzburg in Sachsen heim. Es fielen ihm 53 chinesische und japanische Porzellane, sowie die Tischplatte eines mit 132 Halbedelsteinen und versteinerten Hölzern ausgelegten Pfeilertischchens in die Hände. Die Porzellane stammen aus dem 17. und 18. Jahrhundert.

o **Ein antisemitisches Attentat.** In Baden-Baden fand eine Versammlung statt, in der starke antisemitische Ausfälle vorkamen. Unmittelbar nach der Versammlung schoß ein Student, der der Versammlung beigewohnt hatte, den Studenten Cahn, den Sohn eines bekannten Bankiers auf der Straße nieder. Der junge Mann war sofort tot.

o **Schweres Explosionsunglück.** In der Pulverfabrik Franz Winterholler in Stefanskirchen bei Rosenheim in Oberbayern hat sich beim Munitionsverlegen eine schwere Explosion ereignet. Zwei Arbeiter wurden getötet, acht schwer verletzt. Vor zwei Jahren hat eine Explosion in derselben Fabrik zehn Tote und zahlreiche Schwerverwundete gekostet.

o **Absturz eines Eisenbahnzuges.** Infolge Felssturzes entgleiste bei Imst in der Nähe von Innsbruck ein Fahrgäste mitführender Güterzug und stürzte in den Innfluß. Fünf Waggons und die Lokomotive wurden im Wasser zertrümmert, neun Waggons auf dem Gleise. Ein Fahrgast wurde getötet, vier sind schwer verletzt worden.

o **Eine Journalistenkammer in Polen.** Der polnischen Nationalversammlung liegt ein Entwurf zur Schaffung einer Journalistenkammer nach dem Vorbild der bestehenden Anwalts-, Ärzte- und Ingenieurkammern vor. Sollte der Entwurf die Billigung der Nationalversammlung finden, so hätten die Journalisten damit zum erstenmal in Europa eine Standesvertretung erreicht.

o **Die erste Frau in der holländischen Kammer.** Bei der von den Provinzialständen von Nordholland vorgenommenen Ersatzwahl für ein verstorbenes Mitglied der Ersten Kammer wurde Frau Pothuist-Smit mit 34 gegen 32 Stimmen gewählt. Damit zieht zum erstenmal eine Frau in das holländische Parlament ein.

o **Eine Einführung der Sommerzeit** wird nach einer Äußerung des Reichsministers des Innern auch für das Jahr 1920 nicht in Frage kommen, nachdem die Nationalversammlung im vorigen Jahre den betreffenden Gesetzentwurf mit großer Mehrheit abgelehnt hat.

o **Die Eisenbahnfahrt durch das preußische Polen.** Die Verhandlungen mit den Polen über die Durchführung deutscher Züge durch das an die Polen abgetretene Gebiet haben nunmehr zu einem Ergebnis geführt. Vom 5. März ab wird bis auf weiteres zwischen Schneidemühl und Thorn in jeder Richtung täglich ein Zug gefahren. Zur Reise ist ein Paß mit dem Sichtvermerk des polnischen Konsuls in Berlin erforderlich.

o **Die tägliche Geldverschiebung.** Bei der Grenzüberwachungsstelle in Saßnitz auf Rügen wurde am Fährschiff ein aus Berlin kommender und nach Schweden reisender Norweger abgefaßt, der unter seiner Kleidung einen doppelten Gurt trug, der mit 100 000 Mark in deutschem Gelde gefüllt war. Ferner wurden bei ihm Schmuck- und Wertsachen in bedeutender Menge beschlagnahmt.

o **Verhaftete Mehlschieber.** Wegen umfangreicher Mehlschiebungen sind der Kreissekretär Preisler, der Angestellte Schmidt und die Prokuristen Koetz und Georg in Siegen verhaftet worden. Weitere Verhaftungen stehen bevor.

o **Ermordung des Generalmajors Pfeil?** Im Queißtal wurde in der Nähe von Goldentraum der sächsische Generalmajor Graf Traugott Pfeil, der Bruder des bekannten Afrikaforschers, mit zwei Kopfschüssen tot aufgefunden. Graf Pfeil war auf der Jagd, und man vermutet einen Mord. Der Staatsanwalt hat die Untersuchung eingeleitet.

o **Für zwei Millionen Juwelen gestohlen wurden** aus einer Pension in Berlin, wo die Schmuckgegenstände in einem Koffer verwahrt sich befanden. Es handelt sich um zahlreiche fertige goldene Herrenuhren, Armbanduhren, Halsketten, Ringe und Krawattennadeln mit wertvollen Steinen.

o **Ein Haeckel-Haus in Jena.** In Jena soll ein Haeckel-Haus errichtet werden, das nicht nur eine Stätte der Erinnerung an den verstorbenen Forscher, sondern auch eine Arbeitsstätte für weitere Forschungen, besonders auf dem Gebiete der Entwicklungslehre, werden soll.

o **Die Getreideschau in Todesnot.** In Friesen bei Bamberg hat ein rabiater Bauer zwei zur Getreidenachschau gekommene Schutzleute in eine Scheue eingesperrt und diese angezündet. Die Löschmannschaft befreite die jämmerlich um Hilfe Schreienden im letzten Augenblick aus höchster Todesnot.

o **Millionenschwindel im deutschen Musikalienhandel.** Eine Schwindlerbande, die aus achtzehn Personen bestand, hat ohne jedes Recht vielbegehrte Musikalien, vor allem moderne Operettenschlager, in täuschenden Nachahmungen drucken lassen und auf den Markt gebracht. Dadurch wurden fast alle größeren Musikalienverleger Deutschlands schwer geschädigt. Es handelt sich bei dem Schwindel um Millionenbeträge.

o **Eine deutsche Expedition zur Bekämpfung des Flecktiebers** wird in kurzer Zeit nach Rußland abgehen. Führer der Expedition, die auch Arzneimittel mitnimmt, ist Dr. Freymuth. Die Sowjetregierung will der Expedition jede Hilfe gewähren.

o **Ankunft des ersten Amerikadampfers.** In Cuxhaven ist, von Newyork kommend, der Cunarddampfer „Saxonia" eingetroffen. Er brachte 1200 Passagiere dritter Klasse und 70 Passagiere erster Klasse, hauptsächlich Angehörige der Tschecho-Slowakei. Der Dampfer stellte damit die Verbindung Cuxhaven—Newyork wieder her.

o **Ein abgestürztes Wasserflugzeug aufgefischt.** In der Nähe von Fehmarn wurde von dem Hamburger Dampfer „Lühe" ein abgestürztes Wasserflugzeug der Wasserflugstation Kiel gesichtet und an Bord genommen. Das Flugzeug war vollständig zertrümmert. Von der Mannschaft wurde nichts entdeckt.

o **Verhaftete Posträuber.** Die Posträuber, die auf der Eisenbahnstrecke Hof—Eger den Postamtsdiener Schwabach erschossen, sind in Franzensbad verhaftet worden. Die Verhafteten sind ein Eisenbahnarbeiter Waldmann und ein Wagenschieber Bergmann. Der Postbeutel mit 446 000 Kronen, auf den es die Räuber abgesehen hatten, wurde noch im Postwagen gefunden.

o **Streik der Budapester Pensionen.** Da den Pensionsinhabern in Budapest vorgeschrieben worden ist, für die Tagesverpflegung ihrer Gäste nicht mehr als 45—56 Kronen zu berechnen, sind die Pensionen in den Ausstand getreten und haben die Verpflegung ihrer Gäste eingestellt.

o **Deutsche Schrift auf Dienstsiegeln und -stempeln.** Anstatt der lateinischen Schrift ist künftig bei Neuanfertigung von Dienstsiegeln und Dienststempeln die deutsche Schrift anzuwenden.

o **Bismarckfeier auf dem Brocken.** Am Geburtstage des Fürsten Bismarck (1. April) soll auf dem Brocken eine große Feier stattfinden. Auf dem Gipfel des Berges soll ein mächtiges Feuer abgebrannt werden.

o **Das Schicksal des „Eisernen Hindenburg".** Das „genagelte" Hindenburgdenkmal in Berlin, der sogenannte „Eiserne Hindenburg", ist aus der Konkursmasse des Luftfahrerdanks in private Hände gelangt und soll, wie es heißt, ins Ausland (Amerika?) verkauft werden. Mitglieder der Deutschen Volkspartei wollen durch eine Anfrage in der Nationalversammlung feststellen, was die Regierung gegen den drohenden Verkauf zu tun gedenke.

o **Die zweite Danziger Messe.** Die nächste Danziger Messe wird voraussichtlich am 15. August eröffnet werden und bis 22. August dauern. Interessenten können schon jetzt ihre Wünsche auf Platzzuteilung an das Meßamt der Stadt Danzig richten.

o **Verhaftung eines Kommunistenführers.** Der Kommunistenführer Felix Schmidt ist in Bremen auf Grund eines seit November 1919 gegen ihn vorliegenden Haftbefehls wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten festgenommen worden.

o **Eine Höllenmaschine im Theater.** In einem Theater in Sofia ist während eines Vortrages des russischen Schriftstellers Rieß ein folgenschweres Attentat verübt worden. Der Redner sprach über das neue und alte Rußland. Kaum hatte er zu reden begonnen, als eine furchtbare Explosion erfolgte; unter der Bühne war eine Höllenmaschine verborgen gewesen, die sie [illegible]; vier Personen wurden getötet, zwölf andere schwer verletzt.

Neues Leben auf heiligem Boden.

Jerusalem modernisiert sich.

Das öffentliche und private Leben in Jerusalem beginnt einen großstädtischen Anstrich anzunehmen, während die bisher erste Stadt im Lande Palästina, Jaffa, ihren Rang allmählich verliert. Das zeigt sich zum Beispiel in der mangelhaften Verkehrsverbindung Jaffas mit dem übrigen Lande. Die Bahnlinie, die Jaffa mit dem Eisenbahnnetz des Landes verbindet, ist eine schmalspurige Feldbahn, die darauf verkehrenden Züge bestehen aus einer Miniaturlokomotive und einigen offenen, halbzerbrochenen Zwerglastwagen, auf deren Brettern Reisende aller Gesellschaftsschichten es sich „bequem" machen müssen, wenn sie mit der Bahn fahren wollen. Um den Strapazen und Unannehmlichkeiten einer Bahnreise auszuweichen, fährt daher jeder, dem es irgendwie möglich ist, von Jaffa nach Jerusalem mit dem Automobil.

Jerusalem — so erzählt ein Mitarbeiter eines holländischen Blattes — hat sich seit der Zeit vor dem Kriege nur wenig verändert. Das vorzügliche, leider noch nicht in genügenden Mengen vorhandene Quellwasser, das die Engländer gleich nach ihrer Ankunft mittels eines provisorischen Leitungssystems eingeführt haben, ist wohl die bedeutendste und wertvollste Neuerung. Die Straßen sind noch im gleichen Zustande wie unter der türkischen Herrschaft, das heißt sehr staubig und schlecht gepflastert. Die durch die englische Verwaltung eingeführte Milchkontrolle, die sanitäre Schul- und Häuserinspektion, die Vorschriften für den Verkauf von Lebensmitteln und die Reinhaltung der Läden wirken fördernd auf die Erziehung der sonst wenig an europäische Reinlichkeit gewöhnten Einwohner. Der stark ausgedehnte Automobil- und Wagenverkehr weist auf die immer wachsende Bedeutung Jerusalems als Hauptstadt und Mittelpunkt des kommenden palästinischen Gemeinwesens hin, ebenso die besseren Post- und Telegraphenverbindungen. Immerhin wäre es übertrieben, wenn man behauptete, daß Jerusalem jetzt schon das Aussehen oder die Anlagen einer Hauptstadt eines auch nur kleinen Landes besitze. Vor allem liegt das Hotelwesen, die erste Bedingung für den Fremden- und für den einheimischen Reiseverkehr, noch sehr im argen. Doch sind ernste Vorbereitungen zur Besserung dieser und anderer unhaltbarer Zustände im Gange. Die Überführung des bisher vorhanden gewesenen Verwaltungsapparates von Jaffa nach Jerusalem bedingt die Übersiedlung einer größeren Anzahl von Beamtenfamilien nach der Hauptstadt, und da die Wohnungsnot auch in Jerusalem sehr groß ist, hat der zionistische Zentralausschuß beschlossen, Maßnahmen zu treffen, um den Bau von 500 modernen Häusern mit vollständig europäischer Inneneinrichtung zu ermöglichen. Es soll ein neues Viertel entstehen, das sich in der Umgebung der zu erbauenden Universität erstrecken und den Kern zum neuen Jerusalem bilden soll.

Außer der Häuserbaufrage steht jetzt im Mittelpunkt des Interesses die Frage der Verbesserung der innerstädtischen Verkehrsmittel. Auf Anregung der Jerusalemer Handelskammer hat die Verwaltung beschlossen, in Jerusalem einen öffentlichen Fernsprechdienst zu errichten, um den bedeutenden Handels- und Bankhäusern sowie den philantropischen und religiösen Gesellschaften dessen Gebrauch zu ermöglichen. Später soll das Kabelnetz ausgebaut und auch Privatleuten zur Verfügung gestellt werden. Elektrische Beleuchtung existiert in den öffentlichen Anstalten in beschränktem Maße bereits, soll aber demnächst für die ganze Stadt zur Straßen- und Häuserbeleuchtung eingeführt werden.

Außer diesen Neuerungen wird auch der Einführung von neuen Arbeitsmethoden und Arbeitsmöglichkeiten große Aufmerksamkeit geschenkt. Die Regierung hat in Jerusalem eine öffentliche Waschanstalt errichtet, in der über 200 arme Frauen und Mädchen Beschäftigung finden sollen. Eine ähnliche Anstalt für Bauarbeiter wird geplant. Wenn man bedenkt, daß es im Lande so wenig gelernte Arbeiter gibt, hingegen aber Unmengen von arbeitslosen und arbeitsscheuen Elementen aller Nationalitäten, die der öffentlichen Wohltätigkeit zur Last fallen, wird man begreifen, wieviel noch in dieser Richtung getan werden muß. Die neuen Verwaltungsorgane geben sich alle Mühe, um zusammen mit den anderen Behörden diesen Sanierungsprozeß zu beschleunigen. Sehr erfreulich ist der ungeheure Fortschritt, den das allgemeine Gesundheitswesen im Lande gemacht hat. Täglich werden neue sanitäre Stationen in den Kolonien und Dörfern des Landes errichtet. Man kann sagen, daß der Krieg in dieser Hinsicht Palästina die größte Wohltat erwiesen hat.

Auskunftei.

Option (lat.) nennt man die Entscheidungswahl, das Wahlrecht in bezug auf die Staatsangehörigkeit, das den Bewohnern eines annektierten Landes bei Abschluß des Friedens bis zu einer gewissen Zeit gelassen wird. Die Anerkennung der neuen Staatsgewalt wird bei allen Personen, die in dem abgetretenen Gebiet geboren sind oder daselbst ihren Wohnsitz haben, angenommen, falls sie nicht binnen der gesetzten Frist zugunsten des früheren Staatsverbandes „optiert" haben. Dieser Erklärung muß sich die Abwanderung in das dem alten Staat verbliebene Gebiet anschließen.

Giroverkehr ist ein Geschäftszweig der heutigen Banken, der im wesentlichen in der Vermittlung von Zahlungen (Girozahlungen) unter den Kunden der Bank (Konto-Inhabern) durch Ab- und Zuschreiben im Bankbuch auf Grund von Einlagen und Guthaben erfolgt. Er unterscheidet sich von dem der älteren Girobanken dadurch, daß die Guthaben der Bankkunden nicht mehr lediglich in bar hinterlegten und in bar aufbewahrten Summen zu bestehen brauchen; es werden vielmehr auch diskontierte Wechsel und erteilte Lombarddarlehen auf Girokonto (Ausgleichungskonto) gutgeschrieben. Das italienische Wort giro bedeutet Kreislauf oder Umlauf.

Replik und Duplik. Replik (Erwiderung, Entgegnung) heißt im Prozeßwesen die Gegenrede auf eine Einrede, namentlich das Vorbringen neuer Tatsachen, durch die die Einrede entkräftet werden soll. Der Replik kann eine neue Einwendung, die man Duplik (vom lateinischen „Dupler", doppelt) nennt, dieser unter Umständen eine dritte (Triplik) und letzterer wiederum eine vierte (Quadruplik) entgegengesetzt werden.

„Deutschland, Deutschland über alles", das Lied, das zu einer der beliebtesten deutschen Volkshymnen geworden ist, wurde am 26. August 1841 von August Heinrich Hoffmann, der sich nach seiner Vaterstadt Fallersleben Hoffmann von Fallersleben nannte, auf Helgoland gedichtet. Die Melodie ist die von Joseph Haydn komponierte der früheren österreichischen Kaiserhymne („Gott erhalte Franz den Kaiser").

Das Zeitungsfeuilleton wurde zuerst in der Pariser Zeitung „Journal des Debats" eingeführt und zwar 1800 durch den Abbé Geoffroy. Es war ursprünglich nur für Theaterkritiken bestimmt. Später kamen Bücherbesprechungen, Berichte über Sitzungen der Akademie, über Reisen, Kunstwerke usw., Notizen über Moden, interessante Tagesereignisse, gesellschaftliche Zustände u. a. hinzu. Schließlich erschienen auch umfangreiche Romane im Feuilleton. Englische und deutsche Zeitungen ahmten die französische Einrichtung, zum Teil unter anderem Namen, bald nach. Das Wort Feuilleton bedeutet „Blättchen".

Bekanntmachungen.

1. **Wasserversorgung.**

Zur Beseitigung der andauernd zu beklagenden Wasservergeudung und zur Schonung der Wasserwerksanlage durch unnötiges Wasserholen hat die Gemeinde-Vertretung unterm 17. Oktober 1919 beschlossen die Wassermessertarife einzuführen. Demnächst wird mit dem Einbauen der Wassermesser begonnen werden, der bis auf die Arbeiten zur Anlegung eines im Ortsstatut vorgeschriebenen Schachtes für die Messer vom Werk auf Kosten der Gemeinde vorgenommen wird. Die Kosten für den Schacht, soweit ein solcher erforderlich, fallen dem Hausbesitzer zur Last. Es wird empfohlen, sich wegen der nötigen Maurerarbeiten schon jetzt mit Unternehmern in Verbindung zu setzen und wegen Auswahl des Platzes den Wassermeister (Fernruf 206) zu Rate zu ziehen.

Auf Grund der Abmachungen zwischen den beiden Gemeinden sind auch die ans Wasserrohrnetz angeschlossenen Grundbesitzer in Herischdorf an vorstehende Anordnung gebunden.

2. **Installateure pp. aus Warmbrunn und Herischdorf,**

die gewillt sind, das Einbauen von Wassermessern, (siehe Punkt 1) nach hier aufgestellten Bedingungen im Stücklohn zu übernehmen, werden ersucht, Donnerstag, den 11. d. Mts., nachmittags 5 Uhr im Gemeinde-Vertreter-Sitzungssaale zu erscheinen.

3. **Landwirte!**

Am Anschlagsbrett ist ein Merkblatt der Landwirtschaftskammer (Saatzuchtstelle) zum Schutze der Sommersaat vor Streifenkrankheit und Brandbefall veröffentlicht.

4. **Meldung freier Arbeitsstellen**

besonders auch in der Hauswirtschaft und Landwirtschaft ist unbedingt erforderlich zur Abwendung von Erwerbslosigkeit. Dem Vernehmen nach ist in nächster Zeit mit der zeitweisen Entlassung von jungen Männern und Frauen zu rechnen. Es liegt im Interesse der Allgemeinheit, zur Einschränkung von Zahlung der Erwerbslosenunterstützung jeglicher Art an Arbeitsmöglichkeiten sofort hierher zu melden.

5. **Aepfel,**

Eßäpfel 1,00 Mark, Kochäpfel II. Sorte 0,80 Mark und Mußäpfel 0,70 Mark sind noch in anerkannter Güte bei Heilmann und Aßmann käuflich.

6. **Grenzspende.**

Zur Ermöglichung der Abstimmung Unbemittelter in Oberschlesien, Ost- und Westpreußen wird wiederholt gebeten, ein Scherflein zur allgemeinen Sammlung beizutragen. Annahme-Stelle ist die Gemeindesparkasse. Zeichnungsliste und eine Büchse für solche, die ungenannte Spender sein wollen, liegt dort aus.

Warmbrunn, den 10. März 1920.

Der Gemeindevorstand
Neugebauer.

Am Montag, den 8. März, starb unser verehrter Meister,

Herr Bäckermeister und Konditoreibesitzer

Alfred Liebig.

Wir verlieren in dem Entschlafenen einen stets zuvorkommenden und liebenswürdigen Vorgesetzten, dessen Andenken wir allezeit in Ehren halten werden.

Warmbrunn, den 9. März 1920.

Die Angestellten.

Kriegsanleihe in jeder Höhe **kauft** gegen bar
Max Hinderer, Breslau 5, Schweidn. Stadtgr. 10

Für die uns anläßlich unserer

Vermählungen

dargebrachten überaus zahlreichen Glückwünsche und Geschenke sagen wir hiermit **herzlichsten Dank.**

Warmbrunn, 9. März 1920.

Bruno Hilbig und **Frau** Gertrud,
geb. **Neumann.**
Albert Neumann und Frau Frieda,
geb. **John,**
Alfred Neumann u. Frau Margarete,
geb. **Rilke.**

Erfolg garantiert! **Erfolg garantiert!**

Kopfnisse

werden garantiert entfernt ohne schädliche Einwirkung auf das Haar.

Prospekt diskret und kostenlos.

A. Stegmann, Nürnberg,
Cosm. Chem. Produkte.
Nürnberg, Webersplatz 11.

Bürgerverein
Bad Warmbrunn.
Donnerstag, den 11. März, 3 Uhr nachmittags,
auf der Schrebergarten-Kolonie 4 (Schlachthofwiese an der Gotschdorferstraße):

Unentgeltliche Abgabe von Dünger f. die Schrebergärten der Schulkinder.

Diejenigen Kinder, denen Schrebergärten durch das Los zugeteilt worden sind, werden hiermit ersucht, pünktlich an Ort und Stelle zu sein.

Der Vorstand.

Eine noch fast neue,

Waschmaschine

zu verkaufen
bei Frau Arndt, Herischdorf, Walterstraße 11.

---

2 weiße, garnierte

Strohhüte,

für das Alter von 14—17 Jahren passend, **preiswert zu verkaufen.**

Auskunft in der Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Weißen Peking-Entrich gegen Ente zu vertauschen,
evtl. zu verkaufen.
E. Reichstein's Gärtnerei,
Ober-Herischdorf 232.

Kellnerlehrling

(1½ Jahr gelernt),
sucht Stellung
zwecks weiterer Ausbildung

Angebote unter „**Kellner**" an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Husten, Atemnot,
Verschleimung

Schreibe allen Leidenden gerne umsonst, womit ich mich von meinem schweren Lungenleiden selbst befreite.

H. Schmidt, Schöningen i. Br.
Weinbergstraße 5.
Rückmarke erwünscht.

Bettnässen

Befreiung garantiert sofort. Alter und Geschlecht angeben. Auskunft gratis.

Versandhaus Wohlfahrt, München 335a
Hiltensbergerstraße 6.

Eine gute billige Berliner Tageszeitung ist die

Deutsche Warte

Für: **Heimstätten** — Gegen: **Bodenwucher**

Herausgeber:
Dr. jur. h. c. **Adolf Damaschke**
(der bekanntlich von Männern und Frauen aller Parteien als Kandidat für die Reichspräsidentschaft aufgestellt ist).

Mark 2.— monatlich
(mit 6 Beilagen wöchentlich).

Verlag der Deutschen Warte
Berlin NW. 6.

Visitenkarten liefert schnell und billig **P. Fleischer Buchdr.**

Zahn-Atelier

Erich Franz,
Hirschberg, Contessastraße Nr. 6.
Sprechstunden:
9—12 und 2—5 Uhr, Sonntags 10—11 Uhr.
Bei vorheriger Anmeldung auch außer der Zeit.
Behandlung schonend und gewissenhaft.

Reparaturen sowie auswärtige Patienten werden nach Möglichkeit an einem Tage erledigt.

Lesen Sie

wenn Sie eingehend über alle Vorgänge in Politik und Wirtschaft unterrichtet sein wollen und auf gute Unterhaltung Wert legen, die

Berliner Abendpost.

Täglich erscheinend. Mit den Beilagen Zeitbilder, Deutsches Heim, Kinderheim (alle drei reich illustriert) und Gerichtssaal nur

2.30 Mk. monatlich.

Bestellungen bei der Post und den Briefträgern. Probenummern vom Verlag: Berlin SW 68

Stempel

Gummi-, Metall- und Faksimile-Stempel
für Behörden, Kaufleute u. Private
besorgt schnellstens zu Katalogpreisen

P. Fleischer's
Buchdruckerei, Warmbrunn.

Invalidenmarkenstempel, Stempelkissen und Stempelfarbe vorrätig.

Schreiben Sie an die

Durfmusikke
Brieg, Bez. Breslau.
um Probenummer.
Einzige schlesische Dialekt-Zeitschrift.
4. Jahrgang — Vierteljährlich Mk. 1,50.

Für Wiederverkäufer und Gastwirte
empfehle ich

Teegläser

mit vernickeltem Halter, Stück 3,— Mark.

Tropfenfänger „Ideal"

für alle Kannen passend, mit und ohne Deckelhalter, sorgt für Sauberkeit der Tischwäsche.
Stück Mark —,60, —,70, —,90 u. 1,25.
Preise ausschließlich Verpackung und Porto.

Rudolph Preuss, Görlitz.